

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Remmer Str. 89
Jahrespreis: Abt. 1008, 1076 und 1082. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textil-Verlag Berlin

Beizungst Zeit Ihr nichts — Beizungst alles!

Beizungst und Beizungst sind an Otto Sch. a. Berlin O 24
Remmer Str. 89 (Postfach 1082) zu richten. — Beizungst-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die beizungstliche Seite.

Organ des Deutschen Textil-Arbeiter-Verbandes

Inhalt: Textildividende 1925. — Die Not der Kurzarbeiter! — Ein neuer Schiedspruch in der westfälischen Textilindustrie. — Die Wirtschaftslage. — Gummiwalbe 1901. — Frauenteil. — Das englische Parlament verlegt die Beratung des Arbeitszeitgesetzes. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Achtung! Stoffbruder! — Briefkasten. — Belamtmachungen des Vorstandes.

Die Not der Kurzarbeiter!

Der deutsche Textil-Arbeiter-Verband fordert: Erhöhung der Kurzarbeiterunterstützungsfähigkeit, Wegfall der Karenzzeit, Verlängerung der Unterstützungsdauer.

Textildividende 1925.

In Nr. 14 vom 2. April d. J. zeigten wir unter obiger Überschrift, welche enormen Gewinne im Geschäftsjahr 1925 die Textilindustrie zu verzeichnen hatte. Seit dieser Zeit sind in den Tages- und Fachzeitungen eine Reihe von Textildividenden veröffentlicht worden, die wiederum berechtigt als Worte die ständigen Klagen der Arbeitgeberpresse widerlegen.

Es wurden im Geschäftsjahr 1925 folgende Dividenden verteilt beziehungsweise vorgeschlagen (in Klammern die Dividenden von 1924):

Firma	Dividende in Proz.
Allgäuer Baumwollspinnerei und Weberei Blaichach	15 (12)
Bachmann u. Ladewig A.-G. in Chemnitz	9 (12)
Baumwollspinnerei Erlangen	9 (8)
Baumwollspinnerei Oelenau A.-G. in Oelenau im Erzgebirge	8 (5)
Baumwollspinnerei Gronau in Gronau i. Westf.	12 (5)
Baumwollweberei Mittweida	8 (6)
Bayerische Wolledensfabrik Bruchmühl A.-G. in München	8 (7)
Chemnitzer Aktienspinnerei, Chemnitz	6 (12)
Concordia, Spinnerei und Weberei in Bunzlau und Marktska	8 (12)
Deutsche Textilwerke Mautner A.-G. in Langenbielau	10 (10)
Eisbach u. Co. A.-G. in Herford	6 (10)
Erste Deutsche Fein-Tute-Garn-Spinnerei A.-G., Brandenburg	5 (10)
Feibisch A.-G. in Berlin	12 (12)
Gebhard u. Co. A.-G. in Rohrwinkel	7 (7)
Geraer Tute-Spinnerei und Weberei zu Triebes	5 (0)
Geraer Strickgarnfabrik Gebr. Feisthorn A.-G. in Gera	12 (12)
Germania Anoleumwerke A.-G. in Bietigheim	15 (15)
Kammgarnspinnerei Leipzig	5 (8)
Kammgarnspinnerei Schaefer u. Co., A.-G. in Harthau	5 (7)
Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co., A.-G. in Leipzig	6 (0)
Karstadt, Rudolf, Hamburg	10 (10)
Költzer Ledertuch- und Wachsdruckwerke A.-G. in Költz	10 (0)
Anoleum-Fabrik Magimiliansau A.-G. in Magimiliansau	12 (10)
Mechanische Weberei Fund, A.-G. in M.-Gladbach	10 (5)
Mechanische Weberei Sorau vorm. F. A. Martin u. Co.	11 (10)
Pofat A.-G. in Waltershausen (Thüringen)	10 (10)
Poppe u. Wirth A.-G. in Berlin	6 (12)
Richter, David, A.-G. in Chemnitz	10 (5)
Sächsische Wollgarnfabrik A.-G. vorm. Tittel u. Krüger in Leipzig-Blagowiz	10 (12)
Stickerwerke Blauen A.-G. in Blauen	8 (8)
Textilindustrie Niederrhein A.-G. in M.-Gladbach	6 (6)
Türinger Wollgarnspinnerei A.-G. in Leipzig	12 (10)
Vereinigte Glasstoff-Fabriken A.-G. in Eiberfeld	15 (10)
Wolldeckenfabrik Weidertstadt A.-G. in Weidertstadt	5 (10)
Wollversteigerungs-A.-G. in Reichenbach i. N.	20 (0)
Zwirnerei Adermann A.-G. in Sontheim a. Neckar	12 (5)

Die Durchschnittsdividende vorstehender 36 Textilaktiengesellschaften betrug 1925 9,44 Proz. gegenüber 8,14 Proz. im Jahre 1924. 1914 existierten von diesen 36 Firmen 28. Diese zahlten damals durchschnittlich 7,96 Proz. Dividende. Während 1925 sämtliche oben angegebenen Firmen ansehnliche Gewinne auszuschütten in der Lage waren, blieben vor dem Kriege davon fünf Gesellschaften dividendenlos. Wir sehen also, daß trotz „Wirtschaftsnot, Kapital- und Absatzkrise, Unrentabilität der Industrie infolge hoher Steuern, Soziallasten“, trotz „hoher Löhne“ usw. usw. die Profite der Textilproduktionsbetriebe um 1 1/2 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Daß sich die Löhne ebenfalls in aufsteigender Linie befinden, kann kein Mensch behaupten.

Bei Beurteilung obiger Gewinne ist aber außerdem noch zu berücksichtigen, daß viele dieser Unternehmen, bevor sie ihre Dividende herausrechneten, eine starke Verwässerung des Gewinnes vornahmen. So wurden z. B. bei den Vereinigten Glasstoff-Fabriken A.-G. in Eiberfeld außer zwei Millionen Mark gesetzlicher Rücklage eine halbe Million Mark einer Sonderrücklage überwiesen, über eine halbe Million Mark floß der Jordan-Stiftung zu und 3 400 175 Mk. fanden zu Abschreibungen Verwendung. Das gesamte Mobiliar, alle Utensilien, Werkzeuge, Bahnan Anschlüsse und Patente haben jetzt zusammen einen Buchwert von nur 7 Mk. Die „schlechte Konjunktur“ hat sich natürlich auch in den Löhnen der Aufsichtsräte ausgewirkt. So erhielten die fünf Aufsichtsräte der Glasstoff-Fabriken zusammen die

Seit Monaten wütet die Wirtschaftskrise, von der auch die Textilindustrie hart betroffen wird. Neben der Arbeitslosigkeit ist es insbesondere die Kurzarbeit, die einen noch nie gekannten Umfang erreicht und über die davon Betroffenen und deren Familien bittere Not und Sorge gebracht hat.

Die Kurzarbeiterunterstützung, die auf das Wirken der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei hin wieder eingeführt wurde, reicht aber in der Form, wie sie in der Anordnung des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns vom 20. Februar bzw. vom 30. April d. J. festgelegt ist, nicht im entferntesten dazu aus, das mehr und mehr um sich greifende Elend zu bannen. Die niedrigen Unterstützungsfähigkeit, welche mit dem Arbeitsverdienst zusammen oft eine geringere Einnahme erbringen, als die ohnehin zum Leben kaum ausreichende Unterstützung bei Vollerwerbstätigkeit betragen würde, des Weiteren die auf nur sechs Wochen befristete Unterstützungsdauer und auch die Karenzzeit bedeuten eine schwere Schädigung der mit Kurzarbeit Beschäftigten.

Um Not und Elend zu lindern, hat die Verbandsleitung wiederum Schritte unternommen, und an die Reichsregierung, zu Händen des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx, eine Eingabe gerichtet, die oben genannte Forderungen enthält. Nachstehend lassen wir den Wortlaut der Eingabe folgen.

„Die am 30. April 1926 von dem Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erlassene Anordnung über die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge hat in den Kreisen der bereits seit Monaten kurzarbeitenden Textil-Arbeiter große Erregung ausgelöst. Trozdem die wirtschaftliche Lage der Kurzarbeiter die denkbar ungünstigste ist, erhält die genannte Anordnung keinerlei Verbesserungen gegenüber dem vorherigen Zustande.

Nach unseren monatlichen Erhebungen über den Umfang der Kurzarbeit im Verbandsgebiet waren vorhanden:

Monat	1925	1924	1923
Januar 1926	307 824	142 937	46,8 v. S. Kurzarb.
Februar	300 234	150 031	50,0
März	297 212	157 248	52,9
April	295 449	164 216	55,2

Im April stieg die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder von 56 189 auf 58 988, und die der Kurzarbeiter sank von 157 248 auf 154 246. Dem Rückgang der Kurzarbeiter um rund 3000 steht eine Zunahme der Vollerwerbstätigen um etwa 2800 gegenüber.

Die Gliederung der kurzarbeitenden Verbandsmitglieder nach der Dauer der Arbeitszeitverkürzung ergibt folgendes Bild:

Es arbeiteten wöchentlich verkürzt	Mitglieder			
	im Januar	im Februar	im März	im April
1-8 Stunden	20 287	24 037	26 712	24 905
9-16	47 958	51 958	50 888	46 142
17-24	48 047	56 025	58 471	61 440
25 u. mehr	17 015	18 018	21 202	21 759

Die Zunahme der Vollerwerbstätigen und der geringfügige Rückgang der Kurzarbeiter nach dem letzten Ergebnis unserer Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist zurückzuführen auf die Tatsache, daß anlässlich der unzureichenden Regelung der Kurzarbeiterfürsorge nunmehr viele Textilbetriebe, die bisher verkürzt arbeiten ließen, einfach stillgelegt wurden. Sie können es anscheinend nicht mehr verantworten, daß Arbeiter, die schon seit Dezember 1925 bzw. Januar 1926 kurzarbeiten, infolge der ungenügenden Unterstützung völlig zugrunde gehen. Wie uns einzelne unserer Ortsvereine berichten, sind Entlassungen, die in letzter Zeit erfolgten, zum Teil auf die unzulängliche Anordnung über die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge zurückzuführen. So wird uns, um nur einen Fall herauszugreifen, aus Hof gemeldet, daß die Postländische Baumwollspinnerei ihren dortigen Zweigbetrieb mit 350 Beschäftigten stillgelegt und die Neue Baumwollspinnerei und -weberei in Hof augenblicklich 300 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt hat. In den nächsten Tagen sollen weitere 600 Personen zur Entlassung kommen.

Angeichts der anhaltenden Kurzarbeit hat das Gros der kurzarbeitenden Textil-Arbeiter auf lange Zeit hinaus mit einem unglücklich geringen Verdienst zu rechnen. Hinzu kommt, daß Zehntausende mit Kurzarbeit beschäftigte Textil-Arbeiter monatelang überhaupt keine Unterstützung erhielten. Nach Wiedereinführung der Kurzarbeiterfürsorge durch die Anordnung vom 20. Februar 1926 bekamen sie äußerst knapp bemessene Zuschüsse auf die Dauer von sechs Wochen. Mit Ablauf dieser kurzen Frist waren die Kurzarbeiter ausgetastet und können erst nach einer dreiwöchigen Karenzzeit die Kurzarbeiterfürsorge wieder in Anspruch nehmen.

Ist die zweite sechswöchige Unterstützungsperiode abgelaufen, stehen die mehr als 150 000 kurzarbeitenden Textil-Arbeiter wieder vor dem Nichts. In eine Besserung des Geschäftsganges in der Textilindustrie ist zunächst nicht zu denken, und so müssen diese Kurzarbeiter entweder, wie das Hofer Beispiel zeigt, das Heer der Arbeitslosen vermehren oder weiter darben.

Wenn in der Textilindustrie die Kurzarbeit überwiegt, so liegt das in der Hauptsache daran, daß die Textilindustriellen durch die Einführung der Kurzarbeit sich für die Zeit eines besseren Geschäftsganges ihre Facharbeiter erhalten wollen. Man ist in der Textilindustrie zu dieser Maßnahme alle nur übergegangen, um eine Abwanderung der guten Arbeitskräfte in andere Industrien zu verhindern. Soll die Textilindustrie auch weiterhin ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, dann ist die Beibehaltung der Kurzarbeit unbedingt geboten.

Um der Reichsregierung zu zeigen, wie schlecht die Kurzarbeiter der Textilindustrie gegenüber den Vollerwerbstätigen gestellt sind, wollen wir als Beweis einige Beispiele anführen, die beliebig vermehrt werden könnten.

Ein Selkerarbeiter in Bamberg (Bayern) mit einer dreiköpfigen Familie erzielt folgende Wocheneinnahme:

Arbeitsverdienst bei 16stündiger Arbeitszeit pro Woche	8,16 Mk.
davon ab für Krankenversicherung	—,33 Mk.
„ Erwerbslosenversicherung	—,12 „
„ Invalidenversicherung	—,25 „ 0,70 Mk.

bleibt ein Wochenverdienst von 7,46 Mk. dazu Kurzarbeiterunterstützung 4,82 „

ergibt eine Wocheneinnahme von 12,28 Mk.

Ein Weber in Grimmlschau mit einer fünfköpfigen Familie erzielt folgende Wocheneinnahme:

Arbeitsverdienst bei 24stündiger Arbeitszeit pro Woche	12,24 Mk.
davon ab für Krankenversicherung	—,36 Mk.
„ Erwerbslosenversicherung	—,21 „
„ Invalidenversicherung	—,70 „ 1,47 Mk.

bleibt ein Wochenverdienst von 10,77 Mk. dazu Kurzarbeiterunterstützung 3,15 „

ergibt eine Wocheneinnahme von 13,92 Mk.

Diese beiden Beispiele mögen genügen, um die große Not der Kurzarbeiter zu beweisen. Bemerkenswert ist jedoch noch, daß in diesen Fällen bei voller Erwerbstätigkeit die wöchentliche Unterstützung 14,46 bzw. 18,90 Mk. betragen würde, so daß die beiden Kurzarbeiter eine Mehreinnahme von 2,18 bzw. 5 Mk. pro Woche haben würden.

Die unterzeichnete Verbandsleitung sieht sich veranlaßt, im Interesse ihrer kurzarbeitenden Mitglieder gegen die völlig unzureichende Anordnung des Herrn Reichsarbeitsministers über die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge vom 30. April 1926 Einspruch zu erheben. Um die Not der Kurzarbeiter zu mildern, erwartet die Verbandsleitung eine unverzügliche Änderung dieser Anordnung und ersucht, die Karenzzeit aufzuheben, die Unterstützungsperiode zu verlängern, den Kurzarbeitern während der Geltungsdauer der Anordnung Unterstützung zu gewähren und die Unterstützungsfähigkeit entsprechend zu erhöhen.

Ferner gestatten wir uns, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Landesarbeitsämter bis heute noch nicht angewiesen sind, diejenigen Kurzarbeiter, deren Anspruch auf Unterstützung infolge Ablaufs der sechswöchigen Frist bereits seit 5 Wochen erloschen ist, in die Kurzarbeiterfürsorge wieder aufzunehmen. Da die Not der von der Fürsorge ausgeschlossenen Kurzarbeiter sich ins Unermessliche steigert, ersuchen wir die Reichsregierung, durch entsprechende Anweisungen an die obersten Landesbehörden dafür Sorge zu tragen, daß die seit Monaten mit Kurzarbeit beschäftigten Arbeiter endlich wieder in den Genuß der Unterstützung kommen.

Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie unter Berücksichtigung vorstehender Ermüdungen und Vorschläge unseren Ersuchen alsbald Rechnung trägt und zum Zwecke der Verminderung der Notlage der Kurzarbeiter geeignete Maßnahmen ergreift.

Der Hauptvorstand des Deutschen Textil-Arbeiter-Verbandes.
Schulze

Vor allen Dingen hat sich die Not der ausgebeuteten Kurzarbeiter ins Unermessliche gesteigert. Da die Reichsregierung bisher verfaßt hat, die Landesarbeitsämter anzuweisen, diese wieder in die Fürsorge aufzunehmen, sind sie schon seit Wochen ohne jegliche Unterstützung.

Kleinigkeit von 680 000 Mk. Aber auch die Aktionäre, deren Kapital sich seit Bestehen des Unternehmens ungefähr vervielfacht hat, kamen auf ihre Kosten. Sie erhielten außer der 13prozentigen Dividende wieder einmal ein günstiges Bezugsrecht auf neue Aktien zum Kurse von 110 Proz. Die Aktien werden zurzeit an der Börse mit 245 Proz. notiert.

Die Baumwollspinnerei Gronau nahm, nachdem man für Aufwertung 100 000 Mk., für Steuern 150 000 Mark auf besondere Konten gutgeschrieben hatte, Abschreibungen in Höhe von 138 000 Mk. vor. 56 500 Mk. floßen der Rücklage zu. Alsdann verblieb noch ein Reingewinn von 451 363 Mk.

Die Allgäuer Baumwollspinnerei und Weberei in Blaichach erzielte einen Reingewinn von ungefähr 20 Proz. des Aktienkapitals. 15 Proz. erhielten die Aktionäre, 50 000 Mk. verschwanden in einer neu zu bildenden Unterstützungsrücklage und 40 000 Mk. wurden für das neue Geschäftsjahr vorgetragen.

Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Es zeigt sich hier eben die kapitalistische Wirtschaft in ihrer vollsten Glorie. Auf der einen Seite namenloses Elend, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnkürzung, auf der anderen Seite Unternehmensgewinne, wie man sie sich selbst in „guter Konjunktur“ nicht besser vorstellen kann.

Ein neuer Schiedspruch in der westfälischen Textilindustrie.

Dem vom sächsischen Schlichter Brand gefällten Schiedspruch war bekanntlich die Rechtsverbindlichkeit seitens des Reichsarbeitsministers verweigert worden. Das Reichsarbeitsministerium hatte von sich aus ein neues Verfahren eingeleitet und fanden am 18. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Oberregierungsrat Kuttig neue Verhandlungen statt. Anschließend an die Verhandlungen folgte ein eingetragenes Schiedsgericht folgenden Schiedspruch:

1. Die tariflich festgesetzten Grundlöhne aller Lohnarbeitsverträge, die zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie einerseits, dem Deutschen Textil-Arbeiter-Verband, Gau Freiliga Sachsen und Gera, sowie dem Verband der Maschinen- und Heizer, dem Gewerkschaftsverband der Textil-Arbeiter, dem Zentralverband christlicher Textil-Arbeiter, dem Deutschen Metall-Arbeiter-Verband und dem Deutschen Holz-Arbeiter-Verband — siehe Anlage — zum 9. April 1926 gekündigt waren, werden mit Wirkung vom 10. April 1926 wieder in Kraft gesetzt.
2. Diese Lohnregelung ist erstmalig mit einmonatiger Kündigungsfrist zum 31. Dezember 1926 kündbar. Erfolgt eine Kündigung nicht, so läuft die Lohnregelung mit gleicher Kündigungsfrist jeweils um zwei Monate weiter.
Dieser letzte Schiedspruch unterscheidet sich wesentlich von dem ersteren, da er unter ausdrücklicher Weglassung des Hinweises auf die Mantelbestimmungen nicht zuläßt, daß die Unternehmer willkürlich die Abfordrungen heruntersetzen.

Die Wirtschaftslage.

Der Arbeitsmarkt stagniert. — Entwicklung auf dem Kapitalmarkt. — Ankerbelung und Subventionsantrag. — Preise und Löhne. — Drohende Brot- und Fleischverknappung.

Gelegentlich unserer Besprechung der Wirtschaftslage und des Arbeitsmarktes im Monat Februar stellten wir die Ueberwindung des Tiefstandes in der Wirtschaftslage fest, weiter aber auch die Tatsache, daß angesichts einer damals schon stark sich ausprägenden Stagnation auf dem Arbeitsmarkt nur mit einer langsamen Besserung zu rechnen sei. Unsere Voraussage, Prognose, fuhte vor allen Dingen auf einer Beobachtung des Kapitalmarktes, der einerseits durch auffallende Flüssigkeit des Geldmarktes, des Marktes für kurzfristige Anleihen, und andererseits durch eine, nur zögernde Besserung der für die Belebung unserer Wirtschaft wichtigen Anlagewerte gekennzeichnet war. Die Hauptmerkmale dieser Entwicklung stellten sich in einer Abnahme der Wirtschaftskredite der Reichsbank und in einer Zunahme der Depositionen, der fremden Gelder der Bank, ferner in sinkenden Zinssätzen und in einer durchaus uneinheitlichen, von Zufallsmomenten beeinflussten Bewegung der Aktienkurse dar. Die Lage hat sich in den letzten Monaten wie folgt verändert:

	Wirtschaftskredite der Reichsbank (in Millionen Reichsmark)	Depositionen der Reichsbank (in Millionen Reichsmark)	Verbindlichkeiten Berlin kurze Sicht (in Prozent)	Durchschnittskursindex der Aktien (indexmäßig)
Ende März 1928	1293,4	625,4	5,—	95,1
Mitte April	1236,2	1007,1	4,91	93,7
Anfang Mai	1274,9	607,0	4,75	97,4
Mitte Mai	1347,3	671,7	4,75	93,8

Von Bedeutung ist, daß sich im Mai die Kreditanforderungen an die Reichsbank gesteigert haben, was in den sich wieder erhöhenden Wirtschaftskrediten zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig vollzieht sich eine Abnahme der Depositionen der Reichsbank, die immerhin auf einen größeren Bedarf an Kapital in der Wirtschaft schließen läßt, wenn die Bewegung auch zum größten Teil auf die Veränderung der Konten der öffentlichen Stellen bei der Reichsbank zurückgeführt werden muß. Die Flüssigkeit am Geldmarkt hält an. Diese Tatsache dürfte nicht ohne Einfluß auf die Bewegung der Aktienkurse geblieben sein. Die mit Beginn des Jahres 1928 einsetzende allgemeine scharfe Aufwärtsbewegung der Kurse, die teilweise, wie bereits oben gesagt, auf Zufälligkeiten wie der amerikanischen Freigabe billiger Rohstoffe, ist zum Stillstand gekommen und durch eine Kursbesserung auf Spezialgebieten abgelöst worden. So konnten, nachdem die deutschen Aktienmärkte wochenlang ziemlich verödet lagen und die berüchtigte Spekulation im Kauf und Verkauf in mäßigem Umfang, ohne Beteiligung des breiteren Publikums, so ziemlich unter sich geblieben war, die chemischen Werte anziehen. Anregung gab der Farbenmarkt, insbesondere durch die Nachricht einer Dividendenausschüttung in Höhe von 10 Proz. und durch Bekanntgabe seiner Bilanz, die eine wesentliche Besserung der einzelnen Posten aufweist. Auch der Markt für Elektrowerte fand starke Beachtung, und zwar spielt hier neben sehr guten Beschäftigungsverhältnissen die Hoffnung auf durchgreifende Rationalisierung eine Rolle. Ueberraschenderweise zeigten auch die Automobilwerte eine günstigere Gestaltung der Kurse. Man ist vielfach so optimistisch, auf eine bessere Lage dieser Industrie, insbesondere auf größere Möglichkeiten von Export zu schließen. Im Grunde genommen sind aber die veröffentlichten Zahlen über den Automobilimport nach Deutschland seit dem Inkrafttreten der erhöhten Zölle für die spekulante Betätigung auf dem Markt der Automotoren ausschlaggebend. Es hat sich nämlich erwiesen, daß nach Deutschland auf Grund der erhöhten Zölle weniger Kraftwagen eingeführt wurden als zurzeit der Einfuhrverbote. Die Textilwerte haben die Bewegung auf den bevorzugten Spezialgebieten nicht mitgemacht. Das erklärt sich einmal aus der allgemeinen Lage der Textilindustrie, wo sich Besserungen infolge der weiteren abbreitenden Kaufkraft unschlüssig schwer durchsetzen. Andererseits betrachtet man die Bilanzen der Textilindustrie äußerst skeptisch, angeblich weil die Dubiosen, die zweifelhaften Forderungen aus den Tagen der Konfektionskrise, nicht gebührend berücksichtigt worden sind. Im großen und ganzen kann aber festgestellt werden, daß für die Gestaltung der Aktienkurse die Rentabilitätsfrage wieder von Bedeutung geworden ist, die im Zusammenhang mit der Flüssigkeit am Geldmarkt die Nachfrage nach einzelnen Papieren bestimmt, nach dem die Börse bei uns jahrelang ein bloßes Instrument der Inflation gewesen ist. Besonders auffällig trat das am Markt für Pfandbriefe in Erscheinung. Hier haben die mehrmaligen Distanzierungen der Reichsbank zum Kauf der hochverzinslichen Papiere angeregt, jedoch die Berichte der Hypothekendarlehen über den Pfandbriefmarkt, wenn auch die Geschäftstätigkeit in jüngster Zeit beziehungsweise bedeutend ruhiger geworden ist, recht günstig lauten. Zweifelloser kommt in dieser ganzen Entwicklung, die auf der Rentabilität der Betriebe beruht, eine erfreuliche Gesundungsercheinung zum Ausdruck.

Bestimmte Auswirkungen der sich auf dem Kapitalmarkt vollziehenden Entwicklung auf die einzelnen Industrien sind aber kaum festzustellen. Vor allen Dingen prägt sich noch immer keine entscheidende Wendung zum Besseren aus, wie die starke Fluktuation bei der Arbeitsnachfrage zeigt. Dagegen scheint sich die Geldlage in Erzeugung und Handel gebessert zu haben. So ist eine Abnahme der Konturke und der Wechselproteste festzustellen. Für die zweite Maiwoche wird die Zahl der Konturke arbeitsmäßig mit 54 angegeben gegenüber 57 in der letzten Aprilwoche. Die Zahl der Wechselproteste ist arbeitsmäßig von 509 Ende April auf 370 im Anfang Mai gefallen; die Wechselprotestsumme selbst verringerte sich für die angegebene Zeit von 624 000 M. arbeitsmäßig auf 450 000 M. Es ist Pflicht des Chronisten, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß die Ankerbelungsversuche der Regierung durchweg fehlerhaft sind. Infolge der Durchführung des Reichsbahnprogramms zeigen allerdings eine Reihe von Branchen, z. B. die Waggonindustrie, steigende Beschäftigung. Dagegen haben sich die Erwartungen im Baugewerbe, obwohl die Aktien der Bauvereinigungen wesentliche Aufbesserung erfahren haben und die Auskäufe hier als nicht unbedingt ungünstig bezeichnet werden, nicht voll erfüllt. Die erforderlichen Mittel für den Wohnungsneubau sind einestells zu gering, andernteils gelangen sie nur schleppend an diejenigen Stellen, die für die Auftragserteilung in Frage kommen. Man drückt sich sicherlich vorsichtig aus, wenn man feststellen muß, daß die ganze Ankerbelungsaktion der Wirtschaft durch die Regierung sich als Subventionsantrag schlimmster Art erwiesen hat. Trotzdem glaubt man im Anschluß an die Entwicklung in England, wo der Lohnkonflikt im Bergbau sehr wahrscheinlich durch weitere Gewährung von Kohlensubsidien mit einem faulen Kompromiß beendet werden soll, auch in Deutschland unbedingt Kohlenexportprämien gewähren zu müssen. Eine solche Maßnahme würde gerade die Verbrauchsideen, die wie z. B. die Textilindustrie mit am unangünstigsten liegen, schwer schädigen. Dabei muß einmal in der Deutlichkeit festgesetzt werden, daß ganz bedeutende Wirtschaftsführer im rheinisch-westfälischen Bergbau, z. B. Wöglers und Kildner, die Kohlenexportprämien nicht ablehnen, die ja schließlich nichts weiteres als eine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit unserer Fertigungsindustrie und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der ausländischen bedeuten. Es ist sicherlich Pflicht der Regierung, bei der Entscheidung über die Exportprämien auch der Meinung jener Wirtschaftsführer Rechnung zu tragen, die sich gegen eine Erweiterung des Wirtschaftsprotektionismus wenden. Im übrigen erscheint es notwendig, daß die Regierung einmal über ihre Subventionsstätigkeit für die deutsche Industrie, die in geradezu käuflicher Weise den Weg zum hohen Posten des Diktators in der Inflationszeit zum Subsidienempfang zurückgelegt hat, Rechnung trägt.

Man kann an Hand der äußeren Erscheinungen im Wirtschaftsbild für die unbefriedigende Entwicklung alle möglichen Gründe anführen. Zu guter Letzt stößt man aber immer wieder darauf, daß sich eben das Preisniveau nicht der Kaufkraft angepaßt hat. Dieses Verständnis ist ein charakteristisches Zeichen der gegenwärtigen Krise, das sich aus der kartellmäßigen Bindung der Unternehmungen hinsichtlich der Preise erklärt. In Deutschland hat sich die europäische Wirtschaftskrise am schärfsten ausgeprägt. Deshalb war wohl für Deutschland der schärfste Preisrückgang zu erwarten. Das ist aber nicht der Fall. Unser Preisniveau ist nicht in dem Maße zurückgegangen wie das der anderen europäischen Länder und kaum in dem Maße wie der Preisstand in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, für die die letzte Vergangenheit Konjunkturzeit war. Wir geben die verschiedenartige Entwicklung in den einzelnen Ländern durch folgende Zusammenstellung wieder, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich die Angaben für jedes Land auf den Preisstand der Vorkriegszeit beziehen, so daß sie untereinander nur in der Bewegung vergleichbar sind:

	Dezbr. 1926	Januar	Februar	März 1928
	Korrigiert gleich 100.			
Deutschland				
Großhandelsindex	122	120	118	118
Ernährungsindex	146,4	143,3	141,8	141
Großbritannien				
Großhandelsindex	158	156	154	152
Ernährungsindex	171	168	165	159
Schweden				
Großhandelsindex	149	150	148	145
Ernährungsindex	164	162	160	159
Vereinigte Staaten				
Großhandelsindex	159	159	158	153
Ernährungsindex	167	166	164	162

Diese Entwicklung in Deutschland bedeutete eine starke Verminderung der Reallohn, die zweifellos unter dem Vorkriegsstand liegen, wenn auch unsere Unternehmenseinduzi bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit von weit über Friedensstand liegenden Reallohn reden. Es ist das Verdienst der Bremer Arbeiterkammer, hier endlich einmal genaue Berechnungen für einen bestimmten Kreis vorgenommen zu haben, die etwas anderes beweisen als die unbewiesenen Behauptungen der Unternehmenseinduzi über die gestiegenen Reallohn. Durch die Lohnstatistik der genannten Kammer wurden rund 24 000 Arbeitnehmer der Berechnungen der Tabellen und der Lohnkurven ist der Wochenverdienst inklusive der tatsächlich verdienten bzw. gezahlten Abford. oder Prämienzuschläge in der tariflich festgelegten Arbeitszeit zugrunde gelegt. Der Reallohnberechnung diente der durch das Statistische Landesamt Bremen errechnete Index für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Wohnung, Bekleidung und sonstigen Bedürfnissen. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Wochenverdienst des Bremer Textilarbeiters (gewog. Durchschnitt)	Bremer Zeugnungsindex	Reallohn
			Handarbeiter ungelern.
1914	31,90 M.	100	100
Januar	36,75	133,7	72,2
Februar	36,75	133,3	75,8
März	36,25	132,6	84,4
April	36,25	132,5	87,3
Mai	36,25	135,4	86,3
Juni	36,25	140,1	85,2
Juli	36,25	144,7	84,9
August	36,25	143,3	87,7
September	36,25	143,8	87,8
Oktober	36,25	139,9	91,6
November	36,25	138,6	92,3
Dezember	36,25	139,6	88,5

Die Verhältnisse dürften sich im Jahre 1928 kaum wesentlich geändert haben. Im übrigen zeigt die Preisbildung eine steigende Tendenz, während sich das Unternehmertum mit allen Mitteln gegen eine Anpassung der Löhne an den Preisstand wehrt und darüber hinaus einen Abbau der Löhne erstrebt, obwohl immer deutlicher wird, daß eine dauernde Gesundung in der Wirtschaft nur durch eine ausreichende Aufbesserung der Löhne zu erreichen ist. — Die Ansicht von der Bedeutung des gesteigerten Lohnes für die Wirtschaftsbelebung ist heute allgemein geworden. Die Wirtschaftspolitik des Reiches, ganz von den rückständigen Auffassungen des deutschen Unternehmertums abhängig, geht aber den Weg der Begünstigung einzelner Wirtschaftskreise auf Kosten der breiten Arbeiter- und Konsumentenschichten. Dabei verkennt sie den fundamentalen Grundsatz, daß wie in der Weltwirtschaft ein Land nur prosperieren kann, wenn die breiten Arbeiter- und Konsumentenschichten genügend kaufkräftig sind. Die Aufgabe der Gewerkschaften, den Lebensstandard zu behaupten und ihn zu verbessern, ist also volkswirtschaftliche Mission im besten Sinne des Wortes.

Die Notwendigkeit, die Kaufkraft der Bevölkerung durch Lohnverbesserungen zu steigern, muß angesichts der Wichtigkeit des Exports für die deutsche Wirtschaft durch Anbahnung geregelter weltwirtschaftlicher Beziehungen auf Grund von Handelsverträgen ergänzt werden. Die Entwicklung in handelspolitischer Beziehung war in den letzten Monaten mehr als unbefriedigend. Es ist viel geredet und viel verhandelt worden, ohne daß man aber wesentlich vorwärts gekommen ist. Wo aber der Abschluß von Verträgen, wie z. B. mit Spanien und Schweden gelang, hat man das dringende Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft nicht in erforderlichem Maße berücksichtigt, sondern noch unter der Ägide des „unpolitischen“ Kanzlers Luther abermals eine tiefe Vererbung des der Demagogie des Landbundes gemacht. Gerade das Handelsabkommen mit Schweden ist bezeichnend dafür. Es enthält u. a. neue Vertragsätze für die Einfuhr von Getreide, Vieh, Fleisch usw. Die bisher für die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland geltenden Sätze lagen weit unter dem autonomen Zoll. Der autonome Zoll selbst soll erst am 1. August 1928 in Kraft treten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß man gelegentlich der Kämpfe um den autonomen Zoll im Hochsommer 1925 von seiten der Regierung immer darauf verwiesen hat, der autonome Zoll sollte nur Kompensationszwecken dienen. Diese Zusage einer radikalen Ermäßigung der autonomen Zollsätze hat aber die Regierung im deutsch-schwedischen Handelsvertrag nicht gehalten. Der Vertrag sieht folgende Sätze vor:

	Bisher geltender ermäßigter Zoll	Autonomer Zoll	Vertragssatz im deutsch-schwedischen Abkommen
(in Reichsmark pro Doppelzentner)			
Roggen	3	7	6
Weizen	3,50	7,50	6,50
Gerste	3	7	5
Hafer	3	7	6
Rindvieh, lebend	13	18	16
Schweine, lebend	14,50	18	16
Schweinefleisch, frisch	21	45	32

Die Vertragsätze liegen also nur unerheblich unter den übersteigerten autonomen Zollsätzen. Sie bedeuten eine wesentliche Erhöhung des Zolles auf Getreide, Vieh und Fleisch. Jedemfalls will die Regierung durch die Vertragsätze im deutsch-schwedischen Handelsvertrag die Devisenpolitik vor die vollendete Tatsache einer neuen Zollerhöhung für die Einfuhr agrarischer Produkte stellen und so ihrem Bursprengen, die autonomen Zölle ganz bedeutend herabzusetzen, aus dem Wege gehen.

Die Konsumenten und Arbeiterschaft beweist das eine ganz gewaltige Vertierung des Brotes und des Fleisches, nachdem durch künstliche Maßnahmen, wie die Roggenalkoholisation usw., die Getreidepreise schon weit über den Friedensstand hinaus in die Höhe getrieben worden sind, und für die Wirtschaft eine weitere Einengung der Kaufkraft und eine Verschärfung der Krise. Es ist zu hoffen, daß sich der Reichstag endlich aufrafft und hier den sauberen Wandel der Regierung und des Landbundes durchkreuzt. Die deutsche Landwirtschaft soll und muß erhalten werden, aber von ihr muß man ebenso wie von der Industrie verlangen, daß sie sich in ihrer Produktion den Verhältnissen so weit wie möglich anpaßt. Bezeichnend für die Entwicklung in der Landwirtschaft ist es, daß gelegentlich der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Darmstadt Anfang Mai von kompetenter Seite zugestanden wurde, daß diese Möglichkeit bisher nicht voll ausgenutzt worden ist. So lange aber die deutsche Landwirtschaft nicht den Willen befinde, alle Kräfte zur Ernährung des Volkes anzuspannen, wird sie sich nicht wendern dürfen, daß sie in der um die nackte Existenz ringenden Industriebevölkerung kein Verständnis für das sogenannte „Agrarproblem“ findet. Wir fordern vor allem die Sicherstellung der Ernährung des Volkes, nicht die Sicherstellung des Bestandes der Großgrundbesitzer, wie sie von dem Präsidenten des Landwirtschaftsrates Dr. Brandes den Landwirten in Darmstadt empfohlen wurde. Wir wollen jedem Deutschen seinen Platz im Heimatlande sichern, nicht aber, wie es bei Durchführung der großagrarischen Wirtschaftspläne sein muß, ein Drittel der Bevölkerung zur Auswanderung oder, wenn diese nicht möglich ist, zur völligen Verelendung zwingen.

Cunewalde 1901.

Von Paul Jung, Berlin.

25 Jahre sind dieses Frühjahr verlossen, daß in dem schönen Cunewalder Tal einer der größten und hartnäckigsten Arbeitskämpfe tobte, die je in der Oberlausitz stattgefunden haben. Am 11. März 1901 traten bei den Firmen F. W. Kofz, J. G. Große, W. Kalauch und Karl Kalauch etwa 600 Textilarbeiterinnen und Arbeiter in den Kampf.

Um zu verstehen, welche Ursache Veranlassung zu dem Kampfe gab, ist notwendig, die Beschäftigung der Textilindustrie in den Jahren 1900 und 1901 im allgemeinen kurz zu streifen. Der Jahresbericht der Handelskammer Jittau stellt über die Lage der Baumwollindustrie in den Jahren 1900 und 1901 folgendes fest:

„Der Abfall der Spinnereien und Webereien des Bezirks der Jittauer Handelskammer war bei den ungenügenden Preisen in der ersten Hälfte des Jahres 1900 noch befriedigend. Mit Beginn des zweiten Halbjahres trat in Preisen und Abfall einschneidender Rückgang ein.“

Wenn auch die Handelskammer eine Interessensvertretung der Unternehmer selbst ist, so kommt doch in ihrem Bericht zum Ausdruck, daß im zweiten Halbjahr 1900 auch in der Oberlausitzer Textilindustrie die Krise im starken Maße eingetreten war. Die Cunewalder Fabrikanten wandten das von den Unternehmern beliebteste Mittel an, durch Lohnkürzung sich schadlos zu halten.

Die Jahre 1900 und 1901 brachten wieder steigende Baumwollpreise, seit 1878 waren sie ständig gefallen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch damals die Cunewalder Fabrikanten, die ihren hartnäckigen Kampf gegen die Arbeiterschaft mit Lohnreduzierungen führten, geglaubt haben mochten, daß die Preisrückgänge für Baumwolle in einem fort anhalten könnten. Als dann unerwartet Preissteigerungen für Baumwolle eintraten, mochten sie erantant haben, daß ihre Spekulation eine falsche gewesen sei. Sie waren gezwungen, zu höheren Preisen den Rohstoff einzukaufen; dazu kam die mangelnde Nachfrage nach Roh- und Fertigwaren der damaligen Jahre im allgemeinen, so daß schließlich jene hartgekochten Fabrikanten des Cunewalder Tales keine andere Möglichkeit zu haben vermeinten, um die Folgen ihrer falschen Spekulation auszugleichen, als ihren bereits hungernden Textilarbeitern die Löhne entsprechend zu kürzen.

Was für Schandlöhne damals die Cunewalder Fabrikanten ihren Arbeitern zahlten, das zeigt die untenstehende Aufstellung. Nach 18wöchigem Kampf waren etwa noch 258 im Streik stehende Textilarbeiter vorhanden. Von diesen hatten in der Zeit vor dem Streik verdient:

Arbeiterzahl	Tageslohn	Arbeiterzahl	Tageslohn
12	2,—	20	1,30—1,40
25	1,76—2,—	27	1,20—1,29
23	1,66—1,75	21	1,10—1,19
21	1,60—1,65	22	1,00—1,10
33	1,50—1,59	7	0,90—0,99
35	1,40—1,49	8	0,82—0,89

Beiter waren noch vier vorhanden, deren Lohn sich zwischen 41 und 73 Pf. täglich bewegte, und das bei einer elfstündigen Arbeitszeit.

Die obigen Hungerlöhne im Cunewalder Tal waren übernommen worden aus der Zeit der Handweberei, die in Cunewalde um das Jahr 1880 herum dem mechanischen Webstuhl und damit stärkerer industrieller Entwicklung Platz machen mußte.

Der Ausbruch des Kampfes spielte sich etwa wie folgt ab:

Am Montag, den 11. März, als die Arbeiter frühmorgens an ihren Arbeitsstätten erschienen, fanden sie, trotzdem erst vor kurzem Lohnkürzungen für verschiedene Waren vorgenommen worden waren, einen Anschlag vor, der ihnen antündigte, daß eine erneute Lohnreduzierung von 10 bis 18 Pf. stattfinden sollte.

Bei den sprichwörtlichen Hungerlöhnen, unter denen die Cunewalder Weber an sich schon zu leiden hatten, so daß Gerhart Hauptmann auch im Cunewalder Tal seine „Dreißiger“ für sein Werk: „Die Weber“ hätte finden können, bemächtigte sich eine große Empörung der Weber. Die Arbeiter wurden in allen Betrieben bei ihren Chefs vorstellig und baten, daß die Lohnkürzungen zurückgenommen werden möchten. Bei diesem Veruch zeigte sich, daß die Arbeitgeber einheitliche Beschlüsse gefaßt hatten. Zwei der Fabrikanten schickten ihre Arbeiter zum größten Fabrikanten des Ortes, Gottlieb Große. Die Arbeiter des in Obercunewalde gelegenen Betriebes jenes Fabrikanten waren auch bereits unterwegs, um bei ihrem Firmeninhaber gegen die Lohnkürzung vorstellig zu werden. Als er die Arbeiter kommen sah, ließ er in dem unter seiner direkten Aufsicht stehenden Betrieb die Maschinen anhalten und jagte seine Leute, die ihm bis dorthin jahrelang eine gute Rente verdient hatten, aus der Fabrik hinaus. Er schloß sodann die Geschäftsräume ab und erklärte brüsk:

„Wenn Ihr zu den neuen Löhnen arbeiten wollt, dürft Ihr wieder anfangen.“

Der Kampf im Cunewalder Tal war damit auf der ganzen Linie ausgebrochen.

Nachdem der Kampf eine reichliche Woche gedauert hatte, bemühten sich verschiedene Behörden, indem sie Vermittlungsversuche machten, um die Beilegung des Kampfes. Diese Versuche wiederholten sich bei den verschiedensten Anlässen, zum Beispiel bei einem Begräbnis. Der alte weisheitsvolle Bürgermeister von Cunewalde hat geradezu flehentlich den Fabrikanten Große, den Führer der Fabrikanten, dem Kampf ein Ende zu machen:

„Gottlieb, gib nach, was soll aus unserer Gemeinde werden!“

Unter welcher eigenartigen Verhältnissen und mit welchen Kampfmethoden der Cunewalder Kampf nach geführt wurde, das illustrieren sehr deutlich zwei Vorgänge. Am Tage vor Ostern, nachdem die Streikenden schon eine ganze Anzahl Wochen im Kampfe standen, ließ einer der Fabrikanten ein Schwert schmelzen und

dieses ein paarmal auf einem offenen Wagen durchs Dorf fahren. Der gute Mann wollte damit zum Ausdruck bringen, daß er noch zu essen habe.

In einer Versammlung, die in dem nahen Großau stattfand, erschienen nicht nur die Arbeiter der Umgebung in großer Zahl, sondern auch sämtliche Fabrikbesitzer. Diese gaben damals vor, daß ihre Sympathien sich auf beiden der Streitenden befänden. Unter diesen Fabrikbesitzern war ein Teil, die demgegenüber etwa 10 Jahre später, als in dem Gebiete von Kirchau-Wilthen-Cunewalde sich der Deutsche Textilarbeiterverband stark ausbreitete, dazu übergingen, alle jene Arbeiter, die weiter nichts getan hatten, als wie für ihre Interessen einzutreten, auf die Straße zu werfen.

Sie glaubten damit die Entwicklung des Deutschen Textilarbeiterverbandes aufhalten zu können. Sie blieben aber auf Granit. Die Textilarbeiterschaft des dortigen Bezirkes hielt dem Deutschen Textilarbeiterverband die Treue trotz aller Widerwärtigkeiten.

Die gesamte deutsche Arbeiterchaft nahm seinerzeit an diesem bewunderungswürdigen Ringen der ausgebeuteten Weber stärksten Anteil. Es war einer jener Kämpfe, der die Textilarbeiterschaft besonders aufrüttelte und zur Erkenntnis der Klassenlage ungemein beitrug.

Als der Kampf begann, waren es nur wenige, die ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, angehörten. Erst während des Kampfes schlossen sie sich dem an. Der Kampf war in keiner Weise vorbereitet. Es ist bezeichnend, daß die ersten Berichte über den damaligen Kampf von Bougen aus in die Arbeiterpresse und damit in die breite Öffentlichkeit gelangten. Der erste Bericht im „Textilarbeiter“, der aus Cunewalde selbst geschrieben wurde, findet sich erst vor, nachdem der Kampf bereits 7 Wochen wütete. Aber trotzdem, der Streik ist nicht verlorengegangen. Die Kämpfenden wurden

stark unterstützt; sie hatten die Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Zudem gelang es den Streitenden immer wieder, die nach und nach sich einschleichen den Streikbrecher zum größten Teil wieder aus den Betrieben herauszuholen und sie zum Anschluß an den Kampf zu bewegen. So war es denn damals Ernst Söhngen, welcher den Kämpfern in Cunewalde unter anderem folgende Widmung stiftete:

„Ihr Weber, jung und alt,
Herbei aus Cunewald,
Schwört einen heiligen Eid:
„Wir wanken nicht im Streit!“
Uns soll kein Mensch am Kampfe hindern,
Kein Mensch uns die Begeisterung dämpfen!
Wir schau'n ins Antlitz unsern Kindern,
Dort steht es groß, wofür man kämpft.
Uns locken Trommeln nicht und Flöten,
Uns lockt nicht der Ruhmjuchst Ton.
Für Menschlichkeit und rechten Lohn
Sind wir in diesen Kampf getreten!
Uns trieb die scharfe Not,
Des Kindes Schrei nach Brot,
Die Sehnsucht heiß trieb uns hinein,
Auch einmal Mensch zu sein!“

Der Cunewalder Streik, er ging schließlich Mitte Juli 1901 nach etwa 20wöchiger Dauer zu Ende. Heute kann gesagt werden, daß es bei diesem Kampfe Weber Sieger noch Beflegte gegeben hat. Die Fabrikanten konnten nicht die volle Lohnreduzierung durchdrücken. Was für die Kämpfenden bei ihren Abschlusöverhandlungen besonders wertvoll war, ist die Tatsache, daß die Länge der Stüde genau festgelegt wurde und bei überschreitenden Längen eine Extrabehaltung erfolgte. Die Erbitterung der Arbeiter war seinerzeit durch

den Umstand besonders angefaßt worden, daß die Firmen nicht nur niedrige Löhne zahlten und Lohnabzüge machten, sondern darüber hinaus eine dauernde Verlängerung der Werkstücke vornahmen, die bis zu 62 Meter ging, so daß die Weber vielfach unbegabte Arbeit verrichten mußten.

Jener Kampf hat das eine Gute gehabt, daß er die Oberlausitzer Arbeiterchaft aufrüttelte, ihr Klassenbewußtsein stärkte! Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur in der Umgebung des Cunewalder Tales, sondern im ganzen ehemaligen zweiten sächsischen Reichstagswahlkreis wie in der gesamten Oberlausitz nahmen stark zu. Wenn auch der Cunewalder Kampf nicht die große Bedeutung gehabt hat, wie der etwa 2 Jahre später stattfindende Crimmitschauer Streik, so hat er doch die Grundlage geschaffen für manchen schönen Sieg, den inzwischen die Arbeiterbewegung in der Oberlausitz feiern konnte. Wenn im Jahre 1903 zum ersten Male der zweite sächsische Reichstagswahlkreis von einem Sozialdemokraten, Karl Sündermann, erobert wurde, so ist das im wesentlichen mit zu danken den Eindrücken, die die Arbeiterchaft durch den Cunewalder Streik sammelte, indem sie ihre Organisation ausbaute und dafür sorgte, daß die schneidigste Waffe des nach Erkenntnissen ringenden Arbeiters — die Arbeiterpresse — stärkere Verbreitung fand.

Leider hat der Kampf von 1901 für die wirtschaftliche Entwicklung des schönen, so herrlich vom Cerneboh und Bieleboh beherrschten Tales Folgen gehabt, die heute noch nicht überwunden sind.

Cunewalde, einst ein blühender Textilort, deren Vertreter mit den Mustern guter und hochwertiger Textilwaren weite Teile der Welt bereisten, gehörte zu den ersten Textilorten der Oberlausitz, hat viel von seiner Bedeutung verloren. Zu viele gute Facharbeiter sind damals infolge der Hungerlöhne und des langen, harten Kampfes aus dem Tale gegangen. Sie haben anderswo Arbeit und auch zum Teil eine neue Heimat gefunden. An der neuen Arbeitsstelle und in der neuen Heimat sind die im Berufe Befähigten nicht untätig gewesen. Sie haben dort ihr Können in den Dienst anderer Textilbetriebe gestellt, so daß neben nachteiligen Verkehrsverhältnissen der Cunewalder Textilindustrie Konkurrenten entstanden sind, gegen die die falsch verwalteten Cunewalder Textilbetriebe nicht aufkommen konnten.

Als der Kampf volle zehn Wochen gedauert hatte, schrieb das damalige „Cunewalder Amtsblatt“:

„Leider ist der Streik noch nicht beendet. Auf beiden Seiten ist man zu einem Nachgeben nicht geneigt. Immer mehr Weber ziehen von hier weg. Es gehen der Gemeinde eine große Zahl Steuerzahler verloren, den Geschäftsteuern die Abnehmer. Wenn das noch lange so fort geht, ist der blühende Ort auf viele Jahre hinaus in seiner Entwicklung verhindert. Es ist geradezu bedauerlich, daß solchen Zuständen regierungsseitig kein Ende gemacht werden kann.“

Das Amtsblatt und der ergraute Bürgermeister von Cunewalde mögen gehabt haben, was kam. „Gottlieb, gib nach — —!“ Die Bitte des Weiskopfes, der an der Spitze der Gemeinde stand, wurde abgelehnt. Der proghastische Führer der Fabrikanten mußte ihm in die Hand gegebenes Kapital nicht anders zu verwerten, als die wirtschaftliche Entwicklung aufblühender Gemeinden auf Jahrzehnte zu schädigen und zu verhindern.

Der Verlauf und die Folgen des Cunewalder Kampfes sind ein Schulbeispiel dafür, daß man mit niedrigen Löhnen keine Wirtschaft hochhält. Niedriger Arbeitslohn vermindert die Kaufkraft. Vernichtete Kaufkraft aber verhindert nicht nur Qualitätsleistungen der Arbeiter, sondern auch die Entwicklung des Geschäftslbens. Leider sind auch heute wieder in der Oberlausitzer Textilindustrie turfsichtige Führer am Werke, die aus der Geschichte nie gelernt haben.

Das englische Parlament vertagt die Beratung des Arbeitszeitgesetzes.

Das Washingtoner und das Londoner Arbeitszeitabkommen.

Der englische Arbeitszeitgesetzentwurf wurde bekanntlich seinerzeit von der Arbeiterregierung, der unser Kollege Shaw als Arbeitsminister angehörte, eingebracht. Damals erfolgte jedoch nur die erste Lesung. Die Arbeiterregierung wurde durch die jetzige Rechtsregierung abgelöst, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Die neue Regierung hat sich bisher gestraubt, den Entwurf erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Seit nach Abschluß der Londoner Ministerverhandlungen über die Arbeitszeit hat es die Labour Party für an der Zeit gehalten, die zweite Lesung des seinerzeit von der Arbeiterregierung eingebrachten Gesetzesentwurfs zu fordern. Nach dem Bericht der „Times“ hob der Arbeitervertreter Madinter, der den Antrag begründete, hervor, daß der Hauptpunkt des Gesetzesentwurfs die 48 Stunden-Woche für alle in industriellen Unternehmungen beschäftigten Personen sei. Großbritannien habe dem Washingtoner Abkommen von 1919 zugestimmt, jedoch obgleich die gesetzliche Festlegung dieser Zustimmung von aufeinander folgenden Regierungen verschoben worden sei, sei der Vorschlag der Ratifikation erst von der Arbeiterregierung im Jahre 1924 gekommen; das Abkommen sei bis auf den heutigen Tag nicht ratifiziert. Diese Untertatung habe unzweifelhaft dazu beigetragen, andere Länder von der Schaffung eines 48-Stunden-Gesetzes abzuhalten und wiederum andere zu veranlassen, bereits geschaffene Gesetze nicht in Wirksamkeit treten zu lassen. Es sei eine interessante Tatsache, daß in England selbst ohne gesetzliche Festlegung 90 Proz. der organisierten Arbeiter pro Woche 48 Stunden oder weniger arbeiten. (Vom Ministerlich wird die Frage dazwischen gewarfen, warum dann überhaupt das Gesetz gewünscht werde!) Der Redner antwortet, die gesetzliche Sanktionierung sei notwendig, da die privaten Abmachungen sonst bei der ersten günstigen Gelegenheit von den Unternehmern gebrochen werden würden.

Es waren billige Ausflüchte, die die Konservativen dem Antrag entgegenstellten: die Arbeiterpartei wolle die Sache nur als Agitationsmittel benutzen — das Gesetz würde eine Schranke zwischen Unternehmern und Arbeitern bedeuten —, die individuellen Kräfte der Industrie würden unterdrückt werden, man könne eine mechanische Beschränkung der Arbeitszeit mit der außerordentlich funktvollen und verwickelten modernen Industrie nicht vereinbaren, die Schaffung des Gesetzes würde angesichts der langen Arbeitszeiten im Ausland für die britische Industrie eine verderbliche Wirkung haben.

Im Namen des Arbeitsministers sprach der parlamentarische Sekretär Betterton. Er könne die Annahme des Entwurfs nicht empfehlen; denn er enthalte die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens, über den die Beratungen noch nicht abgeschlossen seien. Gegenwärtig seien die Arbeitsminister, die an der Osterkonferenz in London teilgenommen haben, dabei, ihren Regierungen die Beschlüsse der Londoner Zusammenkunft mitzuteilen, damit diese Regierungen in den Stand gesetzt werden, mit der Prüfung der Frage der Ratifizierung fortzufahren. Das sei der gegenwärtige Stand der Dinge. Man könne in diese Beratungen jetzt nicht durch einen Beschluß eingreifen.

T. Shaw, Arbeitervertreter für Preston, gab seiner großen Enttäuschung über die Ausführungen des Regierungsvortreters Ausdruck. Kein Versprechen des Arbeitszeitgesetzes und keine Annahme der Grundzüge des Abkommens seien aus ihnen herauszuholen gewesen; und keine Andeutung einer günstigen Aufnahme. Man stände heute dort, wo man bereits vor einem Jahr gestanden habe. Er frage sich, ob die Aufschübe überhaupt ein Ende nehmen würden. Unmöglich sei es, dem Arbeiter glauben zu machen, daß nach sieben Jahren Verzögerung ein weiterer Ausschub notwendig sei. Er selber glaube an die Notwendigkeit ebenfalls nicht. Die Geschichte des Washingtoner Arbeitszeitabkommens bedeute einen der größten Traubrüche, die je an den Arbeitern des Landes begangen wurden. Das in den Friedensver-

Gemeinsam streut du dich der Tat.
Ein zweiter kommt, sie anzuschließen.

* FRAUENTEIL *

Mitwirken will er, mitzulesen;
Derbedacht so ist Kraft und Rat.

Die Frauen und das Wohnungselend.

Die proletarische Frau trägt in sehr vielen Fällen doppelte Bürde neben ihrer Mutterchaft. Das neue Geschlecht zu gebären und im ersten Jahre fast ganz allein zu nähren und aufzuziehen, ist der Frau von Natur auferlegt. Hierzu kommt die Arbeit für den Haushalt, die Sorge für das Wohlbefinden der Familie. Der Frau wurde dann noch durch die kapitalistische Wirtschaft mehr und mehr das Wirken in Werkstatt, Fabrik und bei der Heimarbeit aufgebürdet.

Schmerzen und Ängste des Wochenbettes, Not und Sorge im Haushalt und aufreibende, oft ungesunde Arbeit in Werkstatt, Fabrik oder schlechter Wohnung; das alles lastet auf dem „schwachen“ Geschlecht.

Die Arbeiterfrau, vom frühesten Morgen beschäftigt, erst für die Familie, dann im Erwerbsleben, kehrt müde und abgebeht in die Wohnung zurück, um Ruhe und Erholung zu finden. Doch auch hier wartet wieder Arbeit. Und ist alles getan, dann ist ausruhen und Erholung unmöglich; denn die Wohnung ist klein, hat wenig Licht und Luft, und Sonne blüht überhaupt nicht oder doch sehr selten hinein.

Diese Zustände, die schon vor dem Kriege bestanden, sind jetzt noch trauriger und für die Gesundheit der Arbeiterklasse noch gefährlicher geworden. Und nicht nur die Erwachsenen leiden darunter, sondern die Kinder, das neugeborene Geschlecht, die Träger der Zukunft. Denn die engen, kleinen Wohnungen, die so arm an Licht, Luft und Sonne, sie legen die Keime zu vielen Krankheiten in die jungen Körper; diese Wohnungen sind Erzeuger, Träger und Förderer vieler, auch sogenannter Säuglings- und Kinderkrankheiten. Und das kranke Kind ist für die Frau neue Last, neue Sorge, neues Aufreiben der eigenen Gesundheit.

Damit wird die Befreiung des Wohnungselends besonders dringend für die Frau, weil ihr ganzes persönliches Selbst auf das engste damit verbunden ist. Darum muß die Frau von diesen Dingen einiges Greifbare kennen, durch das sie in die vorbereren Reihen des sozialen Kampfes getrieben wird; denn:

„Solang die Frauen noch im Kampfe fehlen,
Wird wahre Freiheit nie die Welt beselen.“

Nun einige Kenntnisse für diesen Zweck. Daß die Tuberkulose ihre Wurzeln in schlechten Wohnungen hat, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist dies aber von einer Krankheit, die allgemein als nicht gefährlich angesehen wird, die Masern. Diese sind nun nicht mehr so harmlos, wie sie es vielleicht vor 100 bis 50 Jahren gewesen sind. Denn durch die immer größere Bevölkerungsdichte wurden die Masern mehr und mehr Säuglings- und Kleinkinderkrankheit und damit mehr und mehr Todesursache. Denn durch Vergleiche der Massensterblichkeit ist festgestellt, daß die Sterblichkeit der Proletarierkinder an Masern zehn- bis fünfzehnmal höher ist als in der sozialen Oberschicht. Das kommt daher, weil im Proletariat der Säugling und das Kleinkind an den Masern erkrankt und bei den Reichen erst das Schulkind. Und „große Statistiken zeigen, daß der Gefahr, an Masern zu sterben, entronnen ist, wer erst im Schulalter erkrankt“. Das frühe Auftreten der Masern im Proletariat wächst aus den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen, denn „wo die Wohnungsverhältnisse am größten sind, in den Proletarierquartieren, sind die Masern Säuglings- und Kleinkinderkrankheiten“. Wie oft in diesem Alter die Masern Todesursache sind, lassen die Statistiken der Säuglings- und Kleinkinderheime und Krippen erkennen, nach denen von den an Masern erkrankten Kindern jedes vierte bis fünfte stirbt. Diese Todesgefahr, die den Säugling und das Kleinkind des Arbeiters bedroht, wird dort noch erhöht, wo die Masern mit der Rachitis — englischen Krankheit — zusammentreffen. Das geschieht oft, weil auch die Rachitis aus dem Schichtalsboden des Proletariats ihre Nahrung zieht. Denn heute steht fest, „die Rachitis häuft sich und aggregiert sich besonders da, wo das Sonnenlicht spärlich ist und wo minderwertige, billige und vitaminarme Pflanzenfette verfüttert werden: im Proletariermilieu mit seinem Wohnungselend. Die hohe Wohnungsbedichte in den Proletarierquartieren macht die Masern zu einer Säuglings- und Kleinkinderkrankheit und ihre Kombination mit der Rachitis zum Säuglings- und Kleinkindermörder“. Wenn nun Professor Rudolf Degen in der „Frankfurter Zeitung“ vom 25. April 1926, Nummer 295, von dem die bisher verwendeten Feststellungen stammen, weiter schreibt: „Die Masern sind sehr treffend die Schrittmacher der Tuberkulose“ genannt worden. Tuberkuloseerkrankungen werden durch Masern verschlechtert, ruhende Tuberkuloseinfektionen durch Masern zur Krankheit angefaßt, auf Masernjahre folgen Jahre gehäufte tuberkulöse Erkrankungen“; wenn all dies festgestellt wird, so bedeutet das eine eindringlich ernste Mahnung für das Proletariat und besonders auch für die proletarische Frau.

Schärfster sozialer Kampf gegen das Wohnungselend im besonderen und gegen das proletarische Schicksal im allgemeinen ist erforderlich.

Festerer Zusammenschluß der Arbeiter mahnt auch diese Betrachtung, engste Verbundenheit zwischen Weib und Mann.

Beim Manne darf es kein Zurückstellen der Frau mehr geben; denn die Frau leidet doppelt, das haben diese Zeiten gelehrt. Aus dem gleichen Grunde darf es auch kein Arbeitsstehen der Frau mehr geben. Weib und Mann gehören zueinander, nicht nur als Geschlechtsweien, auch als Streiter im sozialen Kampfe.

Und hier ebenso notwendig wie dort. Handeln wir danach, dann kommen wir bald zum Ziele; denn:

„Wenn erst die Frauen im Kampfe stehen,
Wird wahre Freiheit bald die Welt beselen.“

August Friedrich.

Frauenkrankungen und Erwerbsarbeit.

Die Tatsache, daß in letzter Zeit bei den Arbeiterinnen in der Leonischen Industrie eine rapide Zunahme der Erkrankungen des Nervensystems in Erscheinung trat, veranlaßte die Geschäftsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes Roth-Weisenburg i. Bayern folgende Eingabe am 17. Februar d. J. an den ärztlichen Bezirksverein zu Weisenburg i. B. zu senden:

Sehr geehrte Herren!

Bei Auszahlung der Unterstützung an kranke Mitglieder unseres Verbandes, des Deutschen Textilarbeiterverbandes, stellten wir fest, daß in letzter Zeit in geradezu beängstigender Weise die Erkrankungen des Nervensystems bei den weiblichen Arbeitern der Leonischen Industrie, wie Plätterinnen und Spinnerinnen, zugenommen haben. Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, den Textilarbeitern auskömmliche Löhne zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft zu sichern, sondern wir haben vor allem die moralische Verpflichtung, volkswirtschaftlich zu wirken, das Volkswohl und die Volksgesundheit zu heben im Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes selbst. Die Erkrankungen des Nervensystems bei den weiblichen Arbeitern in der Leonischen Industrie sind direkt auffällig im Gegensatz zu den männlichen Arbeitern dieser Industrie. Es kann als einzige Ursache zu dieser Erkrankung nur die anstrengende Erwerbsarbeit der Frauen und Mädchen betrachtet werden.

Seit einem Jahr hat in der Leonischen Industrie eine Umstellung im Arbeitsprozeß stattgefunden. Die männlichen Arbeiter der Vorkriegszeit wurden aus dem Arbeitsprozeß herausgeworfen und im vermehrten Maße durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt. Dieses Bestreben der hiesigen Arbeitgeber der Leonischen Industrie ist erklärlich, sind doch Mädchen und Frauen billigere und willigere Arbeitskräfte. Dazu sind die Arbeitgeber übergegangen, die Arbeitsleistung der Arbeiterinnen durch Erhöhung der Lohnzahl, durch Bedienung weiterer Maschinen und Gänge zu steigern, so daß es durch körperliche und geistige Anspannung der Mädchen und Frauen ohne eine kurze Pause in der langen Arbeitszeit naturnotwendig zu solchen Nervenkrankungen kommen muß. Wir behaupten, daß bei solcher Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft innerhalb zwei Jahren die gesamte weibliche Arbeiterchaft Weiskenturs vom jüngsten Mädchen angefangen bis zu der in der Blüte stehenden Frau dieser vorhergehenden Krankheit zum Opfer gefallen sein wird.

Wir können und wollen als Vertreter der Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter eine solche Verantwortung nicht auf uns nehmen.

Wir bitten Sie ebenso dringend, wie höflich, helfen Sie mit die zerstörenden Wirkungen dieser Krankheit der Arbeiterinnen der Leonischen Industrie zu beseitigen, indem Sie unbestätigen, daß die von uns beobachteten, ins Auge springenden Krankheitserscheinungen der Plätterinnen und Spinnerinnen auf keiner Täuschung beruhen. Wir werden durch unsere Organisation sozial wie möglich bei den maßgebenden Instanzen der Länder und des Reiches versuchen, Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Textilarbeiterinnen herbeizuführen, wie Sie in der diesem Schreiben beiliegenden Eingabe gefordert wird.

Indem wir hoffen, daß Sie als die Berufsensten uns in diesem Bestreben Ihre Hilfe nicht verweigern werden, gestatten wir uns die Bitte anzufügen, baldmöglichst Antwort auf dieses Schreiben zukommen zu lassen und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung!

Deutscher Textilarbeiterverband.

Bezirksgeschäftsstelle Roth-Weisenburg i. Bayern.
J. J. Georg Jahreis.

Unter dem 3. Mai ging folgendes Antwortschreiben vom ärztlichen Bezirksverein Weisenburg ein:

„Ihr Schreiben wurde in einer Versammlung des ärztlichen Bezirksvereins Südfranken zur Kenntnis gebracht.

Besonders die hiesigen Ärzte konnten die Wahrnehmung, daß in letzter Zeit auffallende Häufung von nervösen Erkrankungen bei Arbeiterinnen Ihrer Industrie zu beobachten sei, durchaus bestätigen.

Wir glauben auf Grund wiederholten Meinungsaustausches darüber dieselben Ursachen wie Sie für die Entstehung der Erkrankungen annehmen zu müssen.

Mit ergebenster Hochachtung
gez.: A. A. Dr. Schneider.

Aus letzterem Schreiben geht klar und deutlich hervor, daß die Ärzte des Bezirks Roth-Weisenburg unsere Annahme bestätigen, daß die Ursachen und die Häufigkeit der Nervenkrankungen bei den Textilarbeiterinnen in der anstrengenden Erwerbsarbeit zu suchen sind.

Der Deutsche Textilarbeiterverband wird selbstverständlich die maßgebenden Behörden auf die erhöhte Gesundheitsgefahr der in der Leonischen Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen aufmerksam machen und die Angelegenheit weiter verfolgen, damit die notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

Wie schon so oft, widerlegt dieses Beispiel die Behauptungen a la Dr. Schöber, welcher die Textilarbeit als eine „leichte Arbeit“ ansieht.

trag aufgenommenen sogenannten Arbeitsrecht sei für Männer von Ehre genau so bindend wie jeder andere Teil des Vertrags. Die britische Regierung sei mehr verantwortlich als jede andere für die gegebenen Versprechungen, doch sei gerade England in dieser Beziehung reaktionärer als jedes andere Land Europas. Der alte Gedanke der langen Arbeitszeit sei so tot wie ein Götzenbild. Die Industrie könne wissenschaftlich betrieben werden und mit einem Mindestmaß von Kraft ein Höchstmaß von Erfolg erzielen. Freiwillig müsse man auf eine kürzere Arbeitszeit zusteuern. Warum wird nicht versucht, ein offenes und ehrliches Spiel zu treiben? Die Arbeiterpartei fühle, daß bezüglich des Washingtoner Abkommens nicht ernstlich gehandelt worden sei.

Es wurde darauf ein Vertagungsantrag mit 188 gegen 119 Stimmen angenommen. Damit ist die Erledigung der Arbeitszeitfrage in England wieder einmal auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.

In seinem kürzlich herausgegebenen Bericht schreibt Shaw, der bekanntlich auch Sekretär der Textilinternationalen ist, zur Frage der Arbeitszeit in England: Es hat sich (mit Abschluß der Londoner Arbeitszeitverhandlungen) eine ganz außerordentliche Situation ergeben. Man hat sich über die Konvention vor acht Jahren geeinigt. Kein einziger europäischer Industriestaat hat damals irgendwelche nachdrücklichen Einwände gegen die Konvention geäußert. Ganz zweifellos haben die Regierungsdirektoren Großbritanniens der Konvention zugestimmt und namentlich, nach acht Jahren, wünschen wir noch immer zu erfahren, was die Konvention eigentlich meint. Die Verhandlungen haben natürlich durch eine Erklärung ihren Abschluß gefunden, daß nunmehr jeder genau wisse, worüber man sich geeinigt habe.

Ich habe schon so viel Verschleppungen in dieser Angelegenheit erlebt, daß ich warten will, bis die Gelegenheit fertiggestellt und den verschiedenen Parlamenten unterbreitet sind, ehe ich irgendeine Meinung über den Charakter der Vereinbarungen äußern möchte.

Ich bin an einer Zusammenkunft der Arbeitsminister, die im Jahre 1924 in Bern stattfand, nicht ganz unbeteiligt gewesen. Meiner Meinung nach war die Erklärung, welche die Minister damals nach dem Abschluß der Sitzungen über die Möglichkeiten der Ratifikation der Washingtoner Konvention abgaben, viel endgültiger und präziser als irgendeine Erklärung, die anfänglich der jüngsten Londoner Zusammenkunft gemacht wurde; immerhin, ich sehe keine Möglichkeit, z. B. für die britische Regierung, der Notwendigkeit der Ratifikation zu entgehen, ohne der Unschuldigung, die Deffektivität zum Narren gehalten zu haben, Tür und Tor zu öffnen.

Aus der Textilindustrie.

Jute-Syndikat.

Nach einer Meldung des „Konfektionär“ fand am 7. Mai in Hannover eine Besprechung deutscher Juteindustrieller statt, in welcher über gemeinsame Maßnahmen zum Zwecke der Besserung der Lage des Absatzes für deutsche Jutefabrikate, die durch scharfe Konkurrenz eine Schwächung erfahren hat, nachdem im April d. J. das Jute-Syndikat Magdeburg zu bestehen aufgehört hat.

In Hannover wurde beschlossen, daß eine lose Interessengemeinschaft auf fünf Jahre gegründet werden soll, der auch die drei großen Jutebetriebe, Jutespinnerei und Weberei in Bremen, Bremer Jutespinnerei und Weberei in Hemelingen und Hansseidische Jutespinnerei und Weberei in Delmenhorst mit angehören, die dem Jute-Syndikat in Magdeburg nicht angehört haben. Die Betriebe Cassel und Alhaus, die dem Magdeburger Jute-Syndikat nicht angehört haben, werden auch der Interessengemeinschaft fernbleiben. Die ersten Beschlüsse des neuen Syndikats gehen dahin, ab 15. Mai die Produktion möglichst um 30 Proz. und ab 1. Juni d. J. um 50 Proz. einzuschränken. Die Arbeit der Betriebe für Export soll bei der Einschränkung jedoch nicht eingerechnet werden. Das Ziel der neuen Interessengemeinschaft geht also dahin, die Preise möglichst hoch zu halten, auch unter den schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Profit soll auf alle Fälle sichergestellt werden.

Nach einem uns zugegangenen Bericht für den Monat April 1926 sind in der Juteindustrie gegenwärtig 46 117 Spindeln, das sind 25,3 Proz., außer Betrieb. Gegenwärtig sind folgende Firmen der deutschen Juteindustrie vollständig stillgelegt:

Ort:	Firma:	Anzahl der zuletzt Beschäftigten	Vorhandene Spindeln	Webstühle
Haugen	Berein. Jutesp. und Weberei	900	6540	851
Berlin	Neue Berl. Jutesp. u. Weberei	325	1504	306
Embsbetten	Schilgen u. Werth	218	2620	28
Serford	E. Schönfeld	90	2840	?
Lippeln	Berein. Jutesp. und Weberei	627	2700	200
Meißenbach	Jutesp. Königsbrunn A.G.	201	?	—
Weschebe	Braunschw. A.G. für Jute- u. Flachspind.	?	?	?

Aus Romawes wird uns gemeldet, daß der dortige Betrieb der Deutschen Jutespinnerei und Weberei A.G. stillgelegt werden soll, damit das Hauptwerk in Meißen voll beschäftigt werden kann. Es soll am 20. Mai die Spinnerei und Vorbereitung, am 2. Juni der gesamte Betrieb stillgelegt werden.

Gründung des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen.

Am 16. April 1926 wurde in Dresden unter Beteiligung zahlreicher Verbände der Textilindustrie und des Verbandes der Spinnerei- und Webereimaschinenfabriken, Chemnitz, der Fachnormenausschuß für Textilindustrie und Textilmaschinen im Normenausschuß der Deutschen Industrie gegründet. In den Vorstand wurden nachstehende Herren gewählt:

- Dir. Brunner i. Ernst Wehner A.-G., Aue i. Erzgeb.;
- Dir. Fiedler i. Sächl. Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann;
- Dir. Hottig i. Kammgarnspinnerei Schkeuditz;
- Ing. Hentschel i. Normenausschuß der deutschen Industrie;
- Schreibsch. Max Kurth i. Anton Kurth, Chemnitz-Kappel;
- Dir. Kaacke i. Erdmannsdorfer A.-G., Zillertal i. Riesengebirge;
- Fabrikbes. Paul Köhler i. Doerlauffiger Webstuhlfabrik C. A. Köhler;
- Dir. Schaeffl i. Neue Baumwollspinnerei u. Weberei Hof i. Bogenitz;
- Dir. Schüherr i. Sächl. Webstuhlfabrik v. Schüherr, Chemnitz i. Sachsen;
- Dir. Teufel i. Gesamtverband der deutschen Textilberedlungsindustrie, Berlin;
- Dir. Eng. Werdshagen, Herzfeld-Sachsen.

In der anschließenden Vorstandssitzung wurde Herr Direktor Fiedler zum 1. Vorsitzenden, Herr Direktor Teufel zum 2. Vorsitzenden gewählt. Die Geschäftsführung wurde Herrn Ing. Hentschel vom Normenausschuß der Deutschen Industrie übertragen.

Das Arbeitsgebiet des Fachnormenausschusses erstreckt sich im Augenblick in der Hauptsache auf die Normung von Spinnerei- und Webereimaschinen, über die in der Fachpresse von Zeit zu Zeit ausführlich berichtet wird. Die Normung von Textilzeugnissen wird jedoch gleichfalls im Rahmen des Ausschusses vor sich gehen, und zwar wird man die Arbeiten der Ausschüsse, die Konfektion und den Handel betreffen.

Die Zusammenlegung des Ausschusses zeigt wiederum, daß man vorzüglich Arbeiterinteressen ausgeht hat. Die deutschen Unternehmer bleiben eben, was sie immer waren — Spießbürger im

schlimmsten Sinne. — Die amerikanische Industrie, die zweifellos durch Normung ihrer Maschinen große Fortschritte gemacht hat, hat ihre Erfolge in erster Linie der Mithilfe der Arbeiterschaft zu danken. Die deutschen Unternehmer jedoch machen in der althergebrachten Weise weiter und schalten die Arbeiter aus, die zweifellos wertvolle Anregungen geben könnten. Die „Fortschritte“ werden dann letzten Endes auch danach aussehen.

Berichte aus Fachkreisen.

Buchhardsdorf. „Lohnabbau ist die Parole zur Rettung der Wirtschaft.“ Solches kann man täglich aus jedem Arbeitgebermunde hören. Aber auch die bezahlten und unbezahlten Lohndaten der Arbeitgeber schwächen dieses nach, in dem Bewußtsein, Stimmung für einen Lohnabbau zu machen. Daneben aber lären die Arbeitgeber darüber, daß immer mehr Facharbeiter (Strumpfwirker) den heimatischen Staub von ihren Füßen schütteln, um sich irgendwo über dem großen Reich eine neue Existenz zu gründen. Welche Folgen die Auswanderung für die heimische Industrie haben muß, darüber scheinen die Arbeitgeber nicht recht nachzudenken. Sie schimpfen, ohne aber auch nur im entferntesten daran zu denken, die Ursachen der Auswanderung zu beseitigen. Dabei weiß jeder, mit einigermaßen gesundem Menschenverstand, daß nicht Abenteuerlust Männer und Frauen im gereizten Alter nach dem Zustande treibt, sondern, daß die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeiterschaft zu leiden hat, die Ursachen sind. Trotz alledem fahren die Unternehmer fort, die Lage der Arbeiter durch Lohnabbau und Verschlechterung der übrigen Arbeitsbedingungen unerträglich zu gestalten. In Zeiten der guten Konjunktur hütete man sich Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses vorzunehmen, seit dem aber auch in der Strumpfwirkerlei die Krise herrscht, seit dem ist die Arbeiterschaft allerlei Schikanen durch die Unternehmer ausgeübt. Der Arbeiterschaft, die durch teilweise Kurzarbeit nur 2 und 3 Tage in der Woche beschäftigt ist, verschlechtert man die Arbeitsbedingungen noch dadurch, daß man den Wirfern für Nadeln besondere Abzüge macht. Die Firma Gerstel machte den Anfang und die übrigen Firmen folgten nach. Den Ränderern, die selbst in der Vorkriegszeit die Nadeln unentgeltlich geliefert erhielten, werden jetzt hierfür horrenden Abzüge gemacht. Bei jeder Unterredung, die zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat stattfindet, halten die Arbeitgeber dem Betriebsrat vor, daß sie wohl die Arbeitszeit noch mehr verkürzen müßten, ja eventuell die Betriebsstilllegungen vorzunehmen. Wir verkennen nicht, daß große geschäftliche und finanzielle Schwierigkeiten bestehen, daß man aber diese Schwierigkeiten dazu benützt, die Arbeiterschaft zu schikanieren, muß selbstverständlich schlimme Wirkungen nach sich ziehen. Daneben halten Firmen, die nur drei Tage in der Woche arbeiten, am 9-Stundentag fest, lediglich deshalb, um dem Prinzip des Arbeitgeberverbandes, Beseitigung des Achtstundentages, gerecht zu werden. Die Arbeitgeber handeln so, als ob sie jetzt einen Konflikt an den Haaren herbeiziehen möchten, um der Arbeiterschaft zu beweisen, daß sie noch die „Herren“ sind, die ihrer Profitgier und ihren Machtgelüsten entsprechend die Arbeitsbedingungen selbstherrlich festlegen können. Diese Politik der Schikane ist die Hauptsache, die der Auswanderung der besten Arbeitskräfte immer neuen Antrieb verleiht. Die Arbeitgeber der Strumpfindustrie sind eben traurige Sachwalter der deutschen Wirtschaft.

Hamburg. (Jugendgruppe.) Unsere Jugendgruppe hat seit dem 24. Februar d. J. vier Versammlungen abgehalten, welche einigermaßen besucht waren. Die Kollegen Nielsch aus Berlin, Nech aus Hamburg und die Kollegin Fromm aus Altona haben über die verschiedensten Themen gesprochen, welche mit Beifall aufgenommen worden sind und an die sich sehr lebhaft Debatten angeschlossen. In der Versammlung am 1. März wurde beschlossen, daß die Jugendgruppe sich eine Musikgruppe errichten soll und daß des öfteren Ausflüge in die Vororte zu veranstalten seien.

Es wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, in den einzelnen Betrieben die jugendlichen Textilarbeiter auf unsere Jugendgruppe aufmerksam zu machen und zu veranlassen, unsere Versammlungen zu besuchen. Die nächsten Jugendversammlungen finden am 17. Mai und am Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im Verbandsstimmungszimmer statt. Für guten Besuch wolle man sorgen.

Markredwitz. Als im Jahre 1921 die Bezirksfiliale Markredwitz gegründet und mit einer Geschäftsstelle versehen wurde, waren es besonders die damaligen Kollegen von Dörfles bzw. Markredwitz, im Geiste Revolutionsgemerkter, die die ganze Welt auf den Kopf stellen wollten. Nicht nur Arbeiter der Firma Benker von Dörfles waren es, auch Meister, die zur damaligen Zeit noch dem Deutschen Textilarbeiterverband angehörten, hatten die Faust zur Niederringung der bestehenden Verhältnisse, rissen den Mund auf und spien Gift und Galle über das unerfährliche Unternehmertum. Heute in besserer Stellung im genannten Betrieb, ist der Mund verstummt, die Faust gesenkt. Aber harte Worte haben sie für ihre früheren Verbandskollegen. Mancher alter Kämpfer in der Arbeiterbewegung hat jene Elemente schon von Anfang an recht mißtraulich gemustert, aber es nützte nichts, die gezeigte harte Faust, der große Mund hat die Massen irreführt. Und so konnte man in kurzer Zeit sehen, wie jene Heiben zu Unteroffizieren der Firma Benker aufstiegen, ja wie ehemalige Betriebsräte der Firma Benker des Herrn Chefs geworden sind. Ein großer Teil der „Revolutionen“ Lehre der Organisation den Rücken. Daß eine Auf- und Abwärtsbewegung in der Organisation sich in diesem Betrieb wiederholt, ist eigentlich nichts Neues, es ist zur Tradition geworden. Nun sehen wir uns aber heute die Arbeiterschaft in diesem Betrieb an, wie gleichgültig und sich selbst schädigend sie ihr Dasein fristet. Die Firma hat nach dem letzten Abschluß des Lohntarifs die 8 Proz. Lohnerhöhung nicht bezahlt, weil die Arbeiter als Unzufriedenheit noch 2 bis 5 Proz. Leberverdienste erzielen. Die Arbeiterschaft schimpft, weil sie kein anderes Mittel in ihrer Hilflosigkeit kennt, welches geeignet wäre, die Firma Benker zur Einhaltung des bestehenden Lohns zu zwingen. Die Firma stellte die Entschädigung für Zettelwarten ein; was glatter Tarifbruch ist. Die Leute schimpfen, der Verband klagt, die Firma kündigt; um aber bei Herrn Benker nicht in Ungnade zu fallen, arbeiten die Arbeiter ohne Entschädigung weiter. Weil ein Angestellter des Verbandes die Firma Benker verklagt hat, verkündet der Herr Obermeister, „daß sich somas nicht gehört“. So ein „Ober“ gehört immer zu jenen Deutschen, von denen Heinrich Heine schrieb: „Dem Deutschen fehlt zum Hunde nur ein trächtiger Schwanz zum Wedeln.“ Ja, solange die Gewerkschaften Urlaub, Arbeitszeit, höhere Löhne herausgeholt haben, da haben sie recht gern die Erfolge der Gewerkschaften mit eingetauscht. Aber einen Beitrag für die Organisation zu zahlen, dazu sind sie zu feige und zu rückständig. Daß sie durch ihr Verhalten die Arbeiterschaft um die Erfolge ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit bestehlen, bestimmet sie weiter nicht. Dafür fehlt ihnen jedes Ehrgefühl. Es hat schon einmal eine Zeit gegeben, wo Hunde in dieser Gegend Kuchen zu fressen bekommen haben, und die Arbeiterschaft konnte kein Brot bekommen. Wenn sich die Arbeiterschaft an diese Zeiten nicht mehr erinnern kann, dann wollen wir es wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Dieserhalb zurückrufen, weil sie durch ihr eigenes Verhalten Zustände herausbeschwört, die für sie und ihre Familien verhängnisvoll werden können. Den Deutschen Textilarbeiterverband sprengen sie in ihrer Gleichgültigkeit nicht. Die gewerkschaftliche Bewegung geht ihren Gang, ohne Rücksicht darauf, daß es noch Tausende gibt, die sich der Bewegung hemmend in den Weg stellen. Ueber diese Lagen geht das Rad der Zeit hinweg. So wird es auch einmal, wenn es zu spät ist, der Arbeiterschaft der Firma Benker gehen. Es ist noch Zeit, freit die Gleichgültigkeit ab, bedenkt, daß große Aufgaben für euch und eure Kinder bevorstehen. Diese wirtschaftlichen Aufgaben können nicht mit den Herren Chefs gelöst werden, sondern gemeinsam mit der Organisation. Deshalb heute der Appell: Arbeiter von Dörfles, müget die Zeit!

Neugersdorf. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Dieses alte Sprichwort hat in den letzten Wochen die Firma C. O. Hoffmann A.-G. in Neugersdorf im wahrsten Sinne des Wortes in die Tat umgesetzt. Nachdem schon längere Zeit in den einzelnen Abteilungen verkürzt gearbeitet wurde, stellte die Firma Anfang März d. J. an das Arbeitsministerium den Antrag auf Stilllegung des Betriebes, ohne ernsthaft daran zu denken, dies durchzuführen. In einem Anschlag wies die Firma darauf hin, daß sie gezwungen sei, einen „sogenannten Stilllegungsantrag“ an das Ministerium abzugeben, um die Möglichkeit zu haben, eine größere Anzahl der Beschäftigten zu entlassen. Die Firma hatte es darauf abgesehen, unliebbare Arbeiter zu entlassen. Dies hat man auch konsequent durchgeführt. Die Firma schied auch nicht davor zurück, ein Betriebsratsmitglied mit zu entlassen. Die Firma bzw. ihre Ratgeber sollten doch eigentlich wissen, daß nach § 98 des BRG. zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes die Zustimmung der Betriebsvertretung notwendig ist. Diese Zustimmung ist nicht eingeholt worden. Man weiß ja sonst über die gesetzlichen Bestimmungen, die zugunsten der Arbeiterschaft bestehen, sehr gut Bescheid; warum stellt man sich denn hierbei so unwillig? Unter den zur Entlassung Getommenen befinden sich Arbeiter und Arbeiterinnen, die 40—50 Jahre und länger bei der Firma ununterbrochen gearbeitet haben. Leute, die überhaupt noch in keinem anderen Betrieb waren; Leute, die ihr ganzes Leben bei der Firma C. O. Hoffmann um geringen Lohn geschuftet haben. Wie alle Oberläufiger Textilunternehmer, so ist auch diese Firma aus kleinen Anfängen zu einem Riesenunternehmen angewachsen, natürlich infolge der grenzenlosen Verschwendung und Bedürfnislosigkeit der Arbeiterschaft. Große Fabrikgebäude, Rittergüter, und nicht zu vergessen komfortabel eingerichtete Villen nennt die Firma ihr eigen; ebenso ganze Häuserreihen. All dies herausgewirtschaftet von dem Mehrwert der menschlichen Arbeitskraft. Das Vermögen der Firmeninhaber betrug schon lange vor dem Kriege reichlich 10 Millionen Mark und das jährliche Einkommen 550 000 bis 600 000 Mark. Alle die, die diesen Mehrwert erarbeiteten und die beste Zeit ihres Lebens der Firma zur Verfügung stellten, blieben arm. Sie hatten infolge der außerordentlich niedrigen Bezahlung ihres einzigen Gutes, ihrer Arbeitskraft, nicht die Gelegenheit, sich Reichtümer zu erwerben. Nachdem sie nun ausgepreßt sind wie eine Zitrone, wirkt man sie erbarmungslos aufs Straßenpflaster und überläßt sie ihrem Schicksal. Mögen diese Arbeitsblinden langsam verkümmern, was kümmert dies den Kapitalisten, der sich in solch ein Schicksal nicht hineinbeugen kann. Für sie ist der dreimal gehaltene Profit die Hauptsache. Die Arbeiterschaft hat aus diesen Vorkommnissen nur eine Lehre zu ziehen, und die ist: Zusammenzuschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation! Nur dadurch wird es möglich sein, dem Kapitalismus die Giftzähne auszubrechen, um auch dem Arbeiter zu einem sonnigen Lebensabend zu verhelfen, worauf er berechtigten Anspruch hat. Wie die von der Entlassung betroffenen Arbeiter denken, spricht so recht aus nachstehenden Zeilen, die uns zugegangen sind:

Gedenke, daß du Schuldner bist, der Armen, die nichts haben. Und deren Recht gleich deinem ist an allen Erbgängen! Wenn jemals noch zu dir des Lebens goldne Ströme gehn, Daß nicht auf deinen Tisch vergebens den Hungrigen durchs Fenster lehn!

Berscheuche nicht die milde Taube, laß hinter dir noch Aehren stehn, Und nimm dem Weintrot nicht die letzte Traube.

Zu den Massenentlassungen, Herr Hoffmann, sei Ihnen dieses Gedicht gewidmet. Geben Sie bitte dieses Gedicht in Ihren Kreisen weiter mit dem innigsten Gedanken: Gott sei uns Sündern gnädig!

Literatur.

„Die Frauenwelt“ gedenkt in ihrem neuesten Heft 11 der tapferen Kämpferin Ellen Key, die bis in ihr hohes Alter für das Recht der Mütter und Kinder eingetreten ist. Vom August-Bebel-Kinderheim in der Sächsischen Schweiz wird in einem anderen Aufsatz erzählt und eine Anzahl wohlgelegener Bilder geben eine Vorstellung davon, wie sehr dieses Heim den Großstadtkindern zur Heimat werden kann. Neben dem Roman (dessen Anfang für neue Abonnentinnen nachgeliefert wird) bringt das neue Heft noch viele andere Beiträge. Besonders sei noch auf die Beilage „Kinderland“ verwiesen und auf die sechsseitige Modeschau. Die „Frauenwelt“ darf in keinem Arbeiterhaushalt fehlen. Jedes Heft 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten oder durch die Volksbuchhandlung.

„Die Gemeinde“: Das soeben erschienene Heft 10 der „Gemeinde“ bringt wieder eine Reihe wichtiger Aufsätze aus dem Gebiete der Kommunalpolitik. Besonders sei hingewiesen auf den Artikel von Rudolf Wed über „Die neuen Städteverordnungen und die Arbeiter und Angestellten der Gemeinden“. Der Aufsatz gipfelt in der Forderung, daß die Städteordnungen den Gemeindefunktionen und Angelegenheiten bzw. deren Gewerkschaften ein Recht auf gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch landesgesetzlich sichern und einzelne Ansprüche an die Gemeindeverwaltung als gesetzliche Mindestansprüche festlegen. Aus dem weiteren Inhalt des Heftes nennen wir: Dr. R. Müller „Gegen die Schulgeldderhöhung an höheren Schulen“; Dr. Hans Kampfmeyer, Wien, „Der internationale Wohnungs- und Städtebaugreß Wien 1926“; B. J. „Die Finanzierung der Straßenbauten“. Daneben enthält „Die Gemeinde“ noch eine große Zahl kommunalpolitischer Nachrichten aus Ländern und Gemeinden. „Die Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kann für 90 Pf. monatlich bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlage J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Achtung! Stoffdrucker!

In Stoffdruckereien Berlins bestehen zurzeit Differenzen. Der Zugang von Stoffdruckern nach Berlin ist fernzuhalten.

Briefkasten.

W. Niederhafflau. Gedicht nicht druckreif. Gruß D.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 31. Mai, ist der Beitrag für die 22. Woche fällig

Achtung! Achtung! Mitglieder- und Kurzarbeiter- und Kurzarbeiter-Zahlung betreffend!

Schlaf für die Mal-Jahung ist Sonnabend, der 29. Mai

In diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Verlichtung an uns einzuwenden. Pünktliche Ausfüllung und pünktliche Einfindung ist zu achten.

Zu berichten ist auch dann, wenn keine Veränderungen gegenüber dem Vormonat eingetreten sind. Der Vorstand.

Totenliste.

Gelebene Mitglieder. Apolba. Peter Schuh. Buchhardsdorf. Martha Köster. Neu-Eibenberg. Chemnitz. Elise Bergmann, Anton Harzdorf, Karl Otto Uhlig, Oskar Heher, Joh. Elsa Feig, Johannes Meyer. Jork. Theodor Germanus, Anna Sohn, Anna Andres. Talsingen. Katharine Maier.

Verlag: Carl Schich in Berlin, Memeler Str. 6/9 — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreier in Berlin. — Druck: Bornharts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Eines u. Co. in Berlin.